



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Afghanische Verantwortung stärken

Positionspapier zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Afghanistan

BMZ PAPIER 03 | 2018
POSITION



[bmz.de](https://www.bmz.de)

Inhalt

DIE LAGE IN AFGHANISTAN	3
DER RAHMEN UNSERES ENGAGEMENTS	4
UNTERSTÜTZUNG ALS ANREIZ FÜR REFORMEN	5
ZIEL UND INSTRUMENTE UNSERES ENGAGEMENTS	6
SCHWERPUNKTE DER ZUSAMMENARBEIT: WAS WIR UNTERSTÜTZEN	6
Wir unterstützen gute Regierungsführung	6
Wir unterstützen nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigungsförderung	8
Wir unterstützen Stadtentwicklung und kommunale Infrastruktur	9
HANDLUNGSPRINZIPIEN: WIE WIR ARBEITEN	10

Deutschland steht zu seinem Wort und wird Afghanistan auch in Zukunft über die Entwicklungszusammenarbeit mit erheblichen finanziellen Mitteln für den zivilen Wiederaufbau unterstützen. Afghanistan hat seit 2001 bedeutende Fortschritte gemacht, braucht aber weiterhin eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Frieden und Stabilität.

Die afghanische Regierung trägt die Hauptverantwortung für einen greifbaren Wandel, ist dabei jedoch auf ein langfristiges Engagement der internationalen Gemeinschaft angewiesen. Der Entwicklungszusammenarbeit kommt im Engagement der Bundesregierung in Afghanistan eine Schlüsselrolle zu.

Ziel der künftigen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Afghanistan ist die dauerhafte Verbesserung der Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven der Menschen in Afghanistan – jenseits von Armut, Flucht, Gewalt und Extremismus. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit setzt sich deshalb in besonderem Maße für Korruptionsbekämpfung, für die Förderung von Mädchen und Frauen, für die Stärkung der afghanischen Zivilgesellschaft, für eine Reform der öffentlichen Verwaltung und für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement ein.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird sich künftig auf drei Themenfelder konzentrieren, die sich aus den bisherigen Erfahrungen der deutsch-afghanischen Zusammenarbeit und den Entwicklungsprioritäten der afghanischen Regierung ableiten:

- Wir fördern gute Regierungsführung, indem wir die Leistungsfähigkeit der staatlichen Strukturen verbessern, Korruption bekämpfen und die Bevölkerung stärker an Entscheidungsprozessen beteiligen.
- Wir unterstützen nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, um dauerhaft produktive Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für Männer und Frauen zu schaffen und die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Grund- und Berufsbildung sind dafür zentrale Voraussetzungen. Perspektiven für rückkehrende Flüchtlinge sind uns ein besonderes Anliegen.
- Wir fördern Stadtentwicklung und kommunale Infrastruktur, um die Versorgung der Bevölkerung mit Basisinfrastruktur zu verbessern. Dabei konzentrieren wir uns auf Strom- und Wasserversorgung.

Unsere Programme passen wir konsequent und laufend an die schwierigen Rahmenbedingungen und die aktuelle Sicherheitslage an.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bekräftigt ihre substantiellen Unterstützungszusagen für Afghanistan. Von der afghanischen Regierung erwarten wir im Gegenzug, dass sie ihre Reformzusagen bei guter Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung, Frauenrechten und wirtschaftlicher Teilhabe einhält. Wir werden künftig gezielt unsere Zusammenarbeit mit Reformpartnern auf afghanischer Seite ausbauen und verstärkt Anreize für Transparenz, Eigenverantwortung und Entwicklungsorientierung setzen. In Themenfeldern, in denen keine Reformfortschritte erkennbar sind, werden wir unsere Unterstützung reduzieren oder einstellen.

Die Lage in Afghanistan

Afghanistan hat seit dem Sturz der Taliban im Jahr 2001 ein nie dagewesenes Maß an internationaler Unterstützung erfahren – auch und gerade aus Deutschland, das sich mit umfangreichen militärischen und zivilen Mitteln am Hindukusch engagiert. Die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung des Landes hat beeindruckende Fortschritte gemacht. Den weitaus meisten Afghaninnen und Afghanen geht es heute deutlich besser als 2001.

Seit etwa drei Jahren verlangsamt sich die positive Entwicklung jedoch nicht nur – teils stagniert sie und hat sich vereinzelt auch umgekehrt. Die erzielten Erfolge sind ebenso gefährdet wie die Zukunftsperspektiven der Menschen. Obwohl internationale Streitkräfte, auch aus Deutschland, weiter im Land stationiert sind und die afghanischen Sicherheitskräfte ausbilden und beraten, haben die Taliban und andere bewaffnete Oppositionsgruppen ihren Machtbereich seit 2014 ausbauen können. Die Regierung hat die Kontrolle über Teile ihres Territoriums verloren. Der innerafghanische Friedens- und Versöhnungsprozess stockt, ein dauerhafter Frieden ist momentan weniger wahrscheinlich als eine Fortsetzung oder Ausweitung der bewaffneten Auseinandersetzungen.

Auch die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans hat ihre Dynamik eingebüßt. Das Land ist weiterhin abhängig von internationaler Unterstützung, die staatlichen Einnahmen steigen nur langsam. Rechtsunsicherheit, Korruption und bewaffnete Konflikte

verhindern Investitionen, so dass zu wenige Arbeitsplätze entstehen. Die Bevölkerung wächst stärker als die Wirtschaft, was die Spannungen erhöht. Schwache und überforderte staatliche Kapazitäten erschweren eine gute Regierungsführung. Menschenrechte, insbesondere Frauen- und Kinderrechte, Meinungs- und Pressefreiheit und demokratische Mitbestimmung existieren teilweise nur auf dem Papier. Die afghanische Regierung verfolgt einen entwicklungsorientierten Reformkurs, scheitert aber oft an der Umsetzung.

Afghanistan ist in weiten Teilen eine traditionelle und konservative Gesellschaft, in der Andersgläubige, andere Minderheiten und Frauen oft diskriminiert werden. Gleichzeitig sucht eine wachsende Schicht junger, urbaner und gut gebildeter Menschen eine Zukunft für sich und ihre Familien. Viele Menschen haben das Vertrauen in den Staat verloren, leiden unter der Verschlechterung der Sicherheitslage, sehen für sich keine Lebensperspektive in Afghanistan und wollen ihr Land verlassen, um sich anderswo eine Zukunft aufzubauen – auch in Europa.

Auch die Rahmenbedingungen für die Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan haben sich verschlechtert. Kampfhandlungen, Anschläge und Entführungsdrohungen erlauben Investitionen und Beratungsleistungen inzwischen nur noch unter strengen Sicherheitsvorkehrungen und erschweren ein langfristiges, an nachhaltigen Wirkungen orientiertes Engagement durch internationale Fachkräfte.

Der Rahmen unseres Engagements

Die Entwicklung Afghanistans hin zu einer Gesellschaft, die die Menschenrechte, insbesondere Frauenrechte, achtet, Sicherheit ebenso garantiert wie die Erfüllung wirtschaftlicher und sozialer Grundbedürfnisse, die Rechtssicherheit gewährleistet und ihren Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten der politischen Mitgestaltung eröffnet, ist ein langer und mühseliger Weg. Auch die Gesellschaften Europas haben Jahrhunderte gebraucht und verheerende Rückschläge verarbeiten müssen, um den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungsstand zu erreichen, den wir heute kennen und schätzen.

Afghanistan braucht auf diesem Weg weiterhin internationale Unterstützung. Deutschland hat auf der Afghanistan-Konferenz in Brüssel im Oktober 2016 die Fortsetzung seines langfristigen zivilen Engagements in Afghanistan sowie die Unterstützung des Reformkurses der afghanischen Regierung bekräftigt. Zunächst bis zum Jahr 2020 wird Deutschland Afghanistan jährlich bis zu 430 Millionen Euro für zivilen Wiederaufbau und Entwicklung bereitstellen. 250 Millionen Euro davon stellt das BMZ zur

Verfügung. Wir bekennen uns zum internationalen, politikfeldübergreifenden Engagement in Afghanistan. Dafür ist ein eng abgestimmtes, ressortgemeinsames Vorgehen der Bundesregierung wichtiger denn je. Deutschland engagiert sich für eine effiziente Koordination der Unterstützungsmaßnahmen aller internationalen Partner Afghanistans und gestaltet den Geberdialog aktiv mit.

Der Entwicklungszusammenarbeit kommt im Engagement der Bundesregierung in Afghanistan eine Schlüsselrolle zu. Sie trägt maßgeblich dazu bei, die langfristigen Grundlagen für eine nachhaltige wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklung Afghanistans zu schaffen. Gleichzeitig braucht Entwicklungszusammenarbeit ein ausreichend sicheres Umfeld, um Wirkungen entfalten zu können. Entwicklungszusammenarbeit kann keinen Friedensprozess erzwingen und keine Kampfhandlungen beenden. Sie kann jedoch an Ursachen von Gewalt und Armut ansetzen und somit langfristig Frieden, Stabilität und Zukunftsperspektiven am Hindukusch ermöglichen.

Unterstützung als Anreiz für Reformen

Trotz der zahlreichen Herausforderungen verfügt Afghanistan über erhebliche Entwicklungspotentiale – zum Beispiel über Bodenschätze, über Wasserressourcen, über das Potential für die Erzeugung erneuerbarer Energien, über eine strategische geografische Lage zwischen Zentral- und Südasien, zwischen China und Persischem Golf sowie über eine junge und lernwillige Bevölkerung. Um diese Potentiale im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung in Wert zu setzen, ist entwicklungsorientiertes staatliches Handeln erforderlich.

Die afghanische Regierung hat dies erkannt, bekennt sich zu einem ambitionierten Reformprogramm und wird dabei umfassend von der Bundesregierung unterstützt. Als zweitgrößter bilateraler Geber erwarten wir dafür von der afghanischen Regierung, dass sie die vereinbarten Reformvorhaben umsetzt – insbesondere in den Themenfeldern Korruptionsbekämpfung, Förderung von Mädchen und Verbesserung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement. In der Vergangenheit hat es sich als wirkungsvoll erwiesen, finanzielle Mittel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit an Bedingungen zu binden und somit Reformen gleichzeitig zu befördern und einzufordern.

Wir werden auch in Zukunft einen Teil unserer Unterstützung an die Umsetzung von Reformvorhaben knüpfen. Unsere Zielvorstellungen leiten sich aus der Reformagenda ab, die die afghanische Regierung mit der internationalen Gemeinschaft vereinbart und zuletzt auf der Ministerkonferenz zu Afghanistan in Brüssel 2016 bekräftigt hat.¹

Sie verpflichtet sich darin zu Fortschritten in den Bereichen Demokratie, Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung, Frauenrechte und wirtschaftliche Teilhabe. Zugleich bekennt sich die Gebergemeinschaft zur Umsetzung eines signifikanten Anteils ihrer Mittel über Programme der afghanischen Regierung.

Wir werden künftig gezielt unsere Zusammenarbeit mit Reformpartnern auf afghanischer Seite ausbauen und dabei auch gebergemeinsame Ansätze und nationale Entwicklungsprogramme unterstützen. Dadurch setzen wir verstärkt Anreize für Transparenz, Eigenverantwortung und Entwicklungsorientierung. In Themenfeldern, in denen keine Reformfortschritte erkennbar sind, werden wir unsere Unterstützung reduzieren oder einstellen. Daneben werden wir, wo nötig, unsere Unterstützung an die Umsetzung operativer Schritte knüpfen, zum Beispiel dem Erfüllen von Vereinbarungen zur Steuer- und Zollbefreiung oder der Umsetzung von Wartungskonzepten für den Erhalt unserer Infrastrukturinvestitionen.

Auf der Grundlage eines kohärenten Ansatzes der Bundesregierung wollen wir auf diese Weise in engem Schulterschluss mit anderen Ressorts die Abstimmung innerhalb der internationalen Gemeinschaft weiter ausbauen, um Reformen in Afghanistan noch wirksamer zu unterstützen.

¹ Die gemeinsame Reformagenda von afghanischer Regierung und Gebergemeinschaft wurde im Oktober 2016 im Rahmen der internationalen Konferenz zu Afghanistan in Brüssel im Self-Reliance and Mutual Accountability Framework (SMAF) festgehalten. Auf der nächsten Ministerkonferenz zu Afghanistan im November 2018 in Genf soll das SMAF-Nachfolgedokument Geneva Mutual Accountability Framework (GMAF) vereinbart werden.

Ziel und Instrumente unseres Engagements

Die deutsch-afghanische Entwicklungszusammenarbeit hat das Ziel, Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven der Menschen in Afghanistan dauerhaft und nachhaltig zu verbessern und so einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit und nachhaltigem Wachstum zu leisten.

Grundlage für die strategische Ausrichtung unserer Arbeit sind die Entwicklungsbedürfnisse Afghanistans, die sich unter anderem in den Entwicklungsprioritäten der afghanischen Regierung abbilden. Wir handeln arbeitsteilig und abgestimmt mit internationalen Partnern auf Grundlage der zwischen afghanischer Regierung und internationaler Gemeinschaft vereinbarten Reformagenda.

Wir setzen unser Engagement mit staatlichen, multilateralen und zivilgesellschaftlichen Partnern um. Dabei kommt es darauf an, welches Instrument unter den gegebenen, schwierigen Rahmenbedingungen am besten geeignet ist, das Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen zu erreichen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt gezielt entwicklungsorientierte Reformkräfte und wählt ihre Partner und Projektträger danach aus, ob sie langfristig zu einer Verbesserung der Lebenssituation und Zukunftschancen in Afghanistan beitragen.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird auch künftig den afghanischen Staat bei der Erfüllung seiner Aufgaben stärken. Zukünftig werden wir noch größeren Wert darauf legen, dass die Bevölkerung Entwicklungserfolge unmittelbar spürt.

Schwerpunkte der Zusammenarbeit: Was wir unterstützen

Afghanistan benötigt breite entwicklungspolitische Unterstützung. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan greift besonders relevante wirtschaftliche, politische und soziale Themen auf und konzentriert ihre Unterstützung künftig auf drei Themenfelder: Gute Regierungsführung, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, sowie Stadtentwicklung und kommunale Infrastruktur. Zudem unterstützen wir außerhalb der Schwerpunkte auch künftig Programme zur Stärkung der Grundbildung sowie der Reintegration von Binnenvertriebenen und rückkehrenden Flüchtlingen aus Nachbarländern Afghanistans sowie aus Deutschland.

WIR UNTERSTÜTZEN GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG

Afghanistan fehlt es weiterhin an gut funktionierenden staatlichen Institutionen, auf die sich die Bevölkerung verlassen kann. Vor allem im ländlichen Raum ist der Staat nicht ausreichend präsent und oft nicht in der Lage, seiner Rolle als Garant von Sicherheit, Rechtssicherheit und sozialen Dienstleistungen gerecht zu werden.

Ziel unseres Engagements im Bereich der guten Regierungsführung ist es, die Leistungsfähigkeit der staatlichen Strukturen zu verbessern. Außerdem wollen wir helfen, die Bevölkerung stärker an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Der Fokus unseres Engagements liegt auf der Förderung des Zugangs zu Recht sowie der Stärkung der Verwaltungsstrukturen einschließlich der Korruptionsbekämpfung. Dabei finden auch Frauenförderung, Frauenrechte und Chancengleichheit für Frauen besondere Berücksichtigung. Afghanistan braucht die ökonomischen, politischen und sozialen Potentiale von Mädchen und Frauen.

Rechtsstaatlichkeit fördern: Gerechtigkeit und die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien sind eine zentrale Erwartung der afghanischen Bevölkerung an einen funktionierenden Staat. Wir werden deshalb verstärkt Aktivitäten unterstützen, die unmittelbare Auswirkungen auf die Bevölkerung haben. Aus diesem Grund setzt sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dafür ein, Rechtsschutz zu schaffen. Wir werden zum Beispiel die Rechtsaufklärung und -hilfe vor allem für Frauen stärken. Durch praxisnahe Trainings für Jurastudentinnen und -studenten verbessern wir auch die Qualität der Rechtsausbildung.

Korruption bekämpfen: Die afghanische Regierung hat die Bekämpfung von Korruption zu einem ihrer wichtigsten Ziele erklärt. Nur wenn staatliche Institutionen transparent handeln und den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber Rechenschaft ablegen, kann Patronage und Misswirtschaft verhindert werden. Wir werden daher die afghanische Regierung bei der Entwicklung und Umsetzung von Antikorruptionsmaßnahmen beraten. Im Bergbausektor gehen der afghanischen Regierung durch den illegalen Bergbau und Korruption hohe Summen an Staatseinnahmen verloren, außerdem finanzieren sich Terrororganisationen auch durch den illegalen Abbau von Bodenschätzen. Deutschland unterstützt eine transparente Rohstoffgovernance, u. a. durch die Verbesserung der Bergaufsicht sowie die Förderung der afghanischen Transparenzinitiative für Rohstoffe.

Verwaltungsstrukturen stärken: Ein übergeordnetes politisches Ziel des deutschen Engagements in Afghanistan ist es, zur Stabilisierung und Funktionsfähigkeit des afghanischen Staates beizutragen, – auch damit dieser die Grundversorgung mit sozialen Dienstleistungen gewährleisten kann. Dazu werden wir weiterhin den von der Weltbank geführten Afghanistan-Wiederaufbaufonds unterstützen und so die Umsetzung der Entwicklungsprioritäten der afghanischen Regierung vorantreiben. Die Auszahlungen des Fonds sind direkt an die konkrete Umsetzung von Reformpolitik und Prinzipien guter Regierungsführung geknüpft. Auch bilateral unterstützen wir die Leistungsfähigkeit der afghanischen Institutionen auf zentralstaatlicher Ebene weiter flexibel bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Reformprozessen. So unterstützen wir die Umsetzung der Genderstrategie des Bergbauministeriums und stärken die Fach- und Managementkapazitäten von Mitarbeiterinnen.

Das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung in ihren Staat und seine Institutionen ist so niedrig wie seit zehn Jahren nicht mehr. Um das verloren gegangene Vertrauen wieder aufbauen zu können, muss die Bevölkerung gerade auf lokaler Ebene konkrete Entwicklungserfolge spüren. Dafür müssen insbesondere dort die Verwaltungsstrukturen gestärkt werden. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird die Fähigkeiten lokaler Verwaltungen ausbauen, die Versorgung mit Basisinfrastruktur verbessern sowie die politische Teilhabe der Bevölkerung stärken.

Zivilgesellschaft stärken: Die Zivilgesellschaft soll besser als bisher in der Lage sein, Transparenz von öffentlichen Institutionen einzufordern. Deshalb werden wir weiter mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten und diese dabei beraten, wie sie stärker an staatlichen Prozessen teilhaben und so zu einer Durchsetzung ihrer Bürgerrechte beitragen kann. Bei der Umsetzung unserer Programme werden wir zivilgesellschaftliche Organisationen zunehmend einbinden und sie politisch stärken, damit sie ihre Rollen als Change Agents ausfüllen können.

WIR UNTERSTÜTZEN NACHHALTIGE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG UND BESCHÄFTIGUNGSFÖRDERUNG

Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung ist es, dauerhaft produktive Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für Männer und Frauen zu schaffen und dabei die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten.

Die unmittelbare Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung wird in Zukunft einen größeren Raum einnehmen. Wir werden unsere Partner zwar auch weiterhin darin beraten, wie sie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern können. Wir werden uns aber vermehrt auf die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen konzentrieren und erfolgreiche Ansätze zur Beschäftigungs- und Einkommensförderung ausbauen. Über das BMZ-Programm „Perspektive Heimat“ schaffen wir darüber hinaus Startchancen in Afghanistan für Afghaninnen oder Afghanen ohne Bleibeperspektive oder -wunsch in Deutschland und vermitteln diese u. a. in Bildungs- oder Existenzgründungsmaßnahmen.

Fast die Hälfte der afghanischen Bevölkerung ist jünger als fünfzehn Jahre. Jährlich kommen eine halbe Million junge Afghaninnen und Afghanen – ein Großteil davon hat nie eine Schule besucht oder sie nicht abgeschlossen – auf den Arbeitsmarkt. Da diese Bevölkerungsgruppe besonders von fehlenden Zukunftsperspektiven betroffen ist, werden wir auch sie verstärkt über unser Engagement fördern und in unseren Programmen konkrete Maßnahmen ausbauen, die sich gezielt an junge Menschen richten.

Landwirtschaftliche Produktion fördern: Die Mehrheit der afghanischen Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft. Allerdings erreicht diese nur ein niedriges Produktivitätsniveau und ein geringes Maß an Weiterverarbeitung zu Endprodukten. Zudem mindert die Überbewertung der afghanischen Währung die Konkurrenzfähigkeit heimischer Produkte. Auch fehlt häufig der Zugang zu Märkten in den Ballungsräumen. Zugleich ist die Landwirtschaft stark von aktiver Bewässerung abhängig. Die Bewässerungsinfrastruktur ist jedoch unzureichend gewartet und teilweise zerstört. Wir konzentrieren

unsere Unterstützung auf Wertschöpfungsketten mit Potential zur Importsubstitution: Weizen, Gemüse, Geflügel, Milch und Nüsse. Wir verbessern die Bewässerungsinfrastruktur, die Versorgung mit Produktionsmitteln sowie die Aufbereitung, Lagerung, Weiterverarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte. Dabei schaffen wir zusätzliche, dauerhaft produktive Beschäftigungsmöglichkeiten und steigern die Einkommen der geförderten Betriebe langfristig.

Existenzgründungen und KMUs unterstützen: Die Mehrheit der afghanischen Bevölkerung sowie viele kleinere und mittlere Unternehmen haben keinen Zugang zu Krediten. Dadurch fehlen häufig die Finanzmittel für kleinere Investitionen, zum Beispiel Werkzeug zur Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit oder Maschinen zur Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. Oft scheitert der Aus- und Aufbau einer Geschäftstätigkeit auch an fehlenden betriebswirtschaftlichen und technischen Fähigkeiten. Daher fördern wir den Zugang zu Finanzdienstleistungen, zum Beispiel durch Mikrofinanzprodukte, Kreditlinien und Kreditgarantien für kleine und mittlere Unternehmen. Zudem verbessern wir den Zugang zu Aus- und Weiterbildung vor Ort. Wir eröffnen damit Chancen auf zusätzliche Beschäftigung und gesteigertes Einkommen.

Berufsbildung arbeitsmarktorientiert gestalten: Trotz hoher Arbeitslosigkeit leidet Afghanistan an einem Fachkräftemangel. Nur fünf Prozent der jungen Afghaninnen und Afghanen kann an einer formalen vollschulischen Berufsausbildung teilnehmen. Die Qualität dieser Ausbildung ist zumeist mangelhaft und nicht an den Bedarfen des Arbeitsmarktes ausgerichtet. Daher mündet sie häufig nicht in einem Beschäftigungsverhältnis. Zugleich arbeitet ein bedeutender Teil der jungen Bevölkerung als Lehrlinge. Über Kapazitätsaufbau- und Infrastrukturmaßnahmen tragen wir zur Verbesserung der Qualität und Arbeitsmarktorientierung der formalen vollschulischen Berufsbildung bei. Zudem nutzen wir bestehende funktionierende Strukturen wie die traditionelle Lehrlingsausbildung und entwickeln sie weiter. Auf diese Weise verbessern wir die Einkommensmöglichkeiten derjenigen, die eine reformierte vollschulische oder berufsbegleitende Ausbildung erhalten.

Natürliche Lebensgrundlagen sichern: Während der jahrzehntelangen kriegerischen Auseinandersetzungen wurden die natürlichen Ressourcen Afghanistans nicht nachhaltig bewirtschaftet. So ist Afghanistan zum Beispiel nur noch zu etwa zwei Prozent bewaldet. Auf vielen landwirtschaftlichen Flächen kommt es zur Erosion und Degradation der Böden. Dies mindert den Ertrag und bedroht damit die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung. Zugleich birgt die Verknappung der natürlichen Ressourcen die Gefahr, ethnische Konflikte zu verschärfen und erhöht die Abhängigkeit von Importen. Daher werden wir in Zukunft gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung zur Sicherung der Ressourcen beitragen. Ziel ist das Schaffen zusätzlicher dauerhafter Einkommensquellen für die Gemeinden vor Ort.

WIR UNTERSTÜTZEN STADTENTWICKLUNG UND KOMMUNALE INFRASTRUKTUR

Das deutsche Engagement im Schwerpunkt Stadtentwicklung und kommunale Infrastruktur zielt darauf ab, die Versorgung der Bevölkerung, vor allem auch der vulnerablen Gruppen, mit Basisinfrastruktur zu verbessern und zu einer nachhaltigen ländlichen und städtischen Entwicklung beizutragen.

Der Zugang der Bevölkerung zu öffentlicher Infrastruktur, Dienstleistungen und Wohnraum in Afghanistan ist trotz aller Fortschritte nach wie vor sehr eingeschränkt, insbesondere im ländlichen Raum. Die Versorgung mit sauberem und bezahlbarem Trinkwasser ist schlecht, die Kosten für die Wasserversorgung sind hoch und eine Versorgung mit verbesserten Sanitärleistungen ist kaum vorhanden. Auch wenn fast ein Drittel der Menschen in Afghanistan inzwischen Zugang zu netzbasiertem Strom hat, sind noch immer weite Teile des Landes vor allem im ländlichen Raum nicht an das nationale Stromnetz angeschlossen und auf teure Energiequellen wie Dieselgeneratoren angewiesen.

Ferner schreitet die Urbanisierung Afghanistans schnell voran – nicht zuletzt durch das hohe Bevölkerungswachstum sowie den Zuzug von Binnenvertriebenen und rückkehrenden Flüchtlingen aus den Nachbarländern. Dies erhöht den Druck auch auf Städte und Kommunen, öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung verbessern: Zwar ist Afghanistan ein im internationalen Vergleich relativ wasserreiches Land, verfügt derzeit jedoch kaum über Mittel, diesen Vorteil gewinnbringend zu nutzen. So ist der Ressourcenschutz nur ungenügend umgesetzt und der Betrieb sowie die Wartung von Wasser- und Abwasseranlagen sind unzureichend. Der Klimawandel, das hohe Bevölkerungswachstum, eine extensive Landwirtschaft und die unsachgemäße Nutzung steigern den Druck auf die Wasserressourcen. Dies führt vermehrt auch zu Konflikten.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit setzt sich dafür ein, die Versorgung der Bevölkerung mit hygienisch unbedenklichem Trinkwasser sicherzustellen. Daher werden wir auch zukünftig die institutionellen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Wasserressourcenbewirtschaftung sowie den Ausbau der Trinkwasserversorgungssysteme in Kabul und ausgewählten Klein- und Mittelstädten stärken. Außerdem werden wir einen Fokus darauf legen, den Bestand unserer bereits getätigten Investitionen im Wassersektor zu sichern sowie Betrieb und Wartung der Anlagen trotz der angespannten Sicherheitslage zu gewährleisten. Daher unterstützen wir unsere afghanischen Partner gezielt darin, technische und organisatorische Kompetenzen aufzubauen und zu erweitern, zum Beispiel in der Personalentwicklung, dem Ressourcenschutz oder dem Wasserqualitätsmanagement. Zudem werden wir an der Umsetzung eines Masterplans für die Abwasserentsorgung in Kabul mitwirken und Maßnahmen für eine dezentrale Abwasserentsorgung entwickeln.

Stromversorgung ausbauen: Die Nachfrage nach Strom in Afghanistan steigt rasant. Afghanistan verfügt aber derzeit nur über geringe Kapazitäten, selbst Strom zu erzeugen. Zudem ist die Infrastruktur mangelhaft oder veraltet. Drei Viertel des Energiebedarfes werden unter hohen politischen Unsicherheiten importiert. Daher möchte die afghanische Regierung in den kommenden Jahren ihre Stromerzeugungskapazitäten erheblich steigern und setzt dabei auch auf den Ausbau erneuerbarer Energien, für den großes Potential besteht. Hierbei soll auch der Privatsektor eine größere Rolle als Investor und Energieerzeuger spielen. Insgesamt sind große Anstrengungen beim Netzausbau, der Standardisierung und der Integration zersplitterter

Einzelnetze sowie einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Privatsektor erforderlich.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zielt darauf ab, die Versorgung im städtischen und ländlichen Raum mit umwelt- und klimafreundlich bereitgestellter Energie auszubauen und die privaten und öffentlichen Investitionen in Energieanlagen zu steigern. Auf diese Weise verbessern wir nicht nur die Lebensbedingungen, sondern vor allem auch das Wachstumspotential im ländlichen Raum. Wir werden Afghanistan in Zukunft weiter gezielt dabei unterstützen, sich zu einem Energieknotenpunkt in der Region entwickeln zu können, und darüber die regionale Integration fördern.

Um bereits getätigte Investitionen abzusichern, sollen alle laufenden Maßnahmen – soweit es die Sicherheitslage zulässt – abgeschlossen und deren Betrieb und Wartung sichergestellt werden. Darüber hinaus werden wir zukünftig Kreditprogramme bereitstellen, damit private Haushalte, Kommunen, sowie ländliche und nicht-ländliche Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen in dezentrale Erzeugungskapazitäten für Sonnenenergie investieren können. Dies schafft Anreize dafür, dass sich die Kreditnehmenden eigenständig für Betrieb und Wartung der Anlagen einsetzen. Zudem werden wir die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für die Finanzierung, Aufbau, Betrieb und Wartung netz- und netzungebundener Stromerzeugungsanlagen stärken. Hierzu gehören ebenfalls die Verbesserung der Netzintegration und die Reform des Tarifsystems.

Handlungsprinzipien: Wie wir arbeiten

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit orientiert sich an den folgenden Handlungsprinzipien:

Korruption bekämpfen: Strategien zum Abbau und zur Prävention von Korruption sind integraler Bestandteil aller unserer Maßnahmen. In unseren operativen Verfahren und Arbeitsweisen stellen wir eine transparente und präventive Praxis sicher und üben diese mit den afghanischen Partnern ein, zum Beispiel bei Ausschreibungs- und Vergabeverfahren.

Sicherheit unserer Fachkräfte hat Priorität: Die Strategie zum Schutz unserer nationalen und internationalen Fachkräfte schließt ein, dass wir eine hohe Akzeptanz unserer Maßnahmen durch die afghanische Bevölkerung sicherstellen. Dieser Ansatz wird durch gezielte Schutzmaßnahmen ergänzt, die auch belastbare Planungen für Notfall- und Extremsituationen beinhalten. Unser ziviles Sicherheitssystem behalten wir bei und passen es fortlaufend an die neuen Anforderungen an.

Konfliktsensibel arbeiten: Für die Planung und Durchführung unserer Vorhaben analysieren wir das jeweilige Umfeld und die daraus entstehenden Risiken. Dazu gehören die Kenntnis und das Verständnis von Akteuren, Konfliktlinien und ihren Triebkräften sowie Entwicklungspotentialen und -hindernissen. Peace and Conflict Assessments sind verpflichtender Teil der Maßnahmenplanung sowie -umsetzung.

Fokus auf sichere Provinzen und Distrikte: Zukünftig wollen wir uns in unserer Arbeit auf sichere Regionen konzentrieren, weil Entwicklungszusammenarbeit ein Mindestmaß an Sicherheit benötigt, um wirksam zu sein. In Distrikten mit kritischer oder volatiler Sicherheitslage werden wir deshalb nur noch in Ausnahmefällen arbeiten. Der Norden des Landes und die Hauptstadt Kabul bilden den regionalen Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan.

Vorhaben flexibel und offen gestalten – konzeptionell und regional: Wir gestalten alle Vorhaben so offen und wenig komplex, dass diese konzeptionell wie auch finanziell schnell und flexibel an neue Rahmenbedingungen und an eine veränderte Sicherheitslage angepasst werden können. Zudem treiben wir die Entwicklung von Monitoring- und Managementsystemen voran, die die Arbeit aus der Ferne insbesondere für Infrastrukturprojekte ermöglichen. Wir werden die Rolle nationaler Fachkräfte bei der Projektumsetzung noch intensiver stärken, um Verantwortung konsequent in afghanische Hände zu legen.

Lokale Strukturen stärken: Wir werden lokale Entscheidungsstrukturen stärken und vermehrt in die Umsetzung unserer Maßnahmen einbeziehen, indem sie beispielsweise an Planungsentscheidungen mitwirken und zur Lösung von Interessenskonflikten beitragen. Bauarbeiten werden soweit wie möglich von lokalen Arbeitskräften sowie mit lokalen Baumaterialien durchgeführt, um vor Ort Arbeitsplätze und Einkommen zu schaffen.

Investitionen langfristig sichern: Der Abschluss aller laufenden Infrastrukturprojekte – soweit es die Sicherheitslage zulässt – und der nachhaltige Betrieb der vorhandenen Investitionen haben für uns Priorität. Der Auf- und Ausbau von Wartungs- und Betriebskonzepten wird daher verstärkt obligatorischer Teil von vorhandenen Maßnahmen und ist Vorbedingung für Neuinvestitionen. Bei Beginn der Projektplanung muss mitgedacht werden, wie staatliche Partner später in Eigenregie übernehmen können. Auch deshalb stimmen wir die in der beruflichen Bildung vermittelten Inhalte mit den Qualifizierungsbedarfen in unseren Schwerpunktsektoren ab. Damit stellen wir langfristig sicher, dass ausreichend lokale Fachkräfte zur nachhaltigen Bewirtschaftung unserer Investitionen zur Verfügung stehen.

Kommunikation und Wirkungsmonitoring: Über klassische und über soziale Medien erreichen wir die afghanische Öffentlichkeit, erläutern unsere Arbeit und werben für Unterstützung und Akzeptanz. Wir erfassen und messen die Ergebnisse unserer Maßnahmen, um unsere konzeptionellen Ansätze zu bewerten, die Aktivitäten zu evaluieren und die Gestaltung der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit laufend fortzuentwickeln.

HERAUSGEBER

Referat 312 – Afghanistan, Pakistan

GESTALTUNG

Atelier Hauer + Dörfler GmbH

STAND

Juli 2018

DIENSTSITZE

→ BMZ Bonn

Dahlmannstraße 4

53113 Bonn, Deutschland

Tel. +49 (0) 228 99 535-0

Fax +49 (0) 228 99 535-3500

→ BMZ Berlin

Stresemannstraße 94

10963 Berlin, Deutschland

Tel. +49 (0) 30 18 535-0

Fax +49 (0) 30 18 535-2501

KONTAKT

poststelle@bmz.bund.de

www.bmz.de

